

NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* III/2020



Foto: CDC Global (CC BY 2.0)

Mit dem Corona Virus vergrößert sich in Lateinamerika Armut und Druck auf die Arbeitnehmer_innen – internationale Gesundheitsexperten bei einer Inspektion in Kolumbien

Lateinamerikas Zukunft

Gewerkschaften kämpfen gegen unterlassene Schutzleistung

Lateinamerika: Covid 19, Armut, neoliberale Agenden, Gewalt – die Herausforderungen für Gewerkschaften sind immens. Jetzt ziehen sie vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Libia Bellusci fällt es schwer, über die Zustände im brasilianischen Gesundheitssystem zu sprechen. Die 36-Jährige hat miterlebt, wie Schwerkranken auf Stühlen schlafen, weil keine Krankenhausbetten mehr frei sind. Wie Patient_innen über Stunden im Krankenwagen ausharren, bis sie versorgt werden können. Und wie niemand mehr die Leichen holen kommt, weil die Stadt nicht mehr weiß, wohin mit all den Corona-Toten.

Bellusci arbeitet als Krankenschwester an der staatlichen Klinik Getúlio Vargas in Rio de

Janeiro und ist Vizepräsidentin der Gewerkschaft Sindicato dos Engenheiros do Rio de Janeiro. Per Zoom erzählt sie, dass zu den psychischen Belastungen nun auch noch finanzielle Sorgen hinzukommen. Wie viele ihrer Kolleg_innen hat sie seit anderthalb Monaten keinen Lohn mehr erhalten. »Viele von uns warten sogar schon seit drei Monaten auf ihr Geld«, sagt Bellusci. »Wir werden weder bezahlt noch ausreichend vor einer Ansteckung geschützt.« Schon zu Beginn der Krise im März hatte die Gewerkschafterin Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem gefordert. Doch auf ihren Hilferuf hat weder die Kommune, noch die Landesregierung in Brasilia reagiert. Bis heute warten Bellusci und ihre Mitstreiter_innen auf ein Antwortschreiben. →

Inhalt

Lateinamerikas Zukunft

Gewerkschaften kämpfen gegen unterlassene Schutzleistung	S. 1f
Der Kommentar: »Stellt Gesundheit über Gewinn!«	3
Uruguay ratifiziert C190: Coup der Gewerkschaftsfrauen	4
Perus exportorientierte Landwirtschaft: Spargelboom auf dem Rücken der Arbeiter_innen	5
Bergbaukonflikte in Kolumbien: Ein Konzern bringt alle gegen sich auf	6

Aus den Projekten

»Die Einhaltung von Menschenrechten muss bedingungslos festgeschrieben werden«	7
--	---

In Kürze

Klimaschutz am Arbeitsplatz Aktiv für Menschenrechte! Wiederaufbau nur mit Gewerkschaften Erstes ILO-Abkommen von allen ratifiziert Filmtipp: Die Epoche des Menschen	8
---	---

→ In der Zwischenzeit ist Brasilien zu einem der Corona-Hotspots weltweit geworden. Jeden Tag sterben etwa 1.000 Menschen an den Folgen der Virusinfektion, jeden Tag stecken sich Zehntausende neu an. Für die Bevölkerung ist es zum Teil unmöglich, sich auf Covid-19 testen zu lassen. Selbst für Mitarbeiter_innen im Krankenhaus, berichtet Bellusci, gebe es so gut wie keine Tests. Es fehlten auch Betten, Beatmungsgeräte, Sauerstoff.

Dafür verantwortlich macht Líbia Bellusci nicht nur korrupte Lokalpolitiker, bei denen dringende Corona-Gelder versickert sein sollen, sondern vor allem Jair Bolsonaro. Der brasilianische Präsident verharmlost das Coronavirus gerne als »gripezinha«, als kleine Grippe, bezeichnet Gouverneure, die eine Ausgangssperre verhängen, als »geisteskrank«. Die Wirtschaft hat er gegen den Willen vieler Gouverneure wieder hochgefahren.

»Bolsonaro stellt die Interessen der Wirtschaft über Menschenleben«, sagt Marcio Monzane. Der 46-Jährige ist Regionalsekretär von UNI Americas mit Sitz in Uruguay. Die Gewerkschaft vertritt vier Millionen Arbeitnehmer_innen in ganz Lateinamerika. Die in Brasilien habe es jedoch besonders hart getroffen, sagt Monzane am Telefon. »Mit Jair Bolsonaro ist ein Präsident an der Macht, der von Anfang klar gemacht hat, dass er nichts von Arbeitnehmer_innenrechten hält.« Tatsächlich hat der Präsident die Unternehmen per Dekret davon befreit, ihren Angestellten den Lohn auch in der Krise zahlen zu müssen. Außerdem hat Bolsonaro Gelder für das Sozialprogramm Bolsa Família gekürzt, von dem gut 13 Millionen Familien leben.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik hat im Juli geschätzt, dass die Zahl der Menschen in Lateinamerika, die in Armut leben, bis Ende des Jahres um 45 Millionen steigen wird. Damit hätte dann mehr als jede_r Dritte der insgesamt 620 Millionen Bewohner_innen nicht genug zum Leben. Ähnlich düster sieht es bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen aus. Die Expert_innen von IWF und Weltbank glauben, dass die Wirtschaftsleistung in der Region 2020 um 9,4 Prozent schrumpft. Gewerkschafter Monzane können diese Zahlen nicht überraschen. »Natürlich hat Corona die Situation für die Arbeitnehmer_innen verschlechtert. Aber es wäre falsch, jetzt alles auf Corona zu schieben.«

Seit Jahren führten die Gewerkschaften einen Abwehrkampf gegen Regierungen mit neoliberaler Agenda, sagt Monzane. Gegen Mauricio Macri in Argentinien, Sebastián Piñera in Chile, Iván Duque in Kolumbien. In vielen Ländern liege der Anteil der informellen Arbeit immer noch bei über 50 Prozent. »Wie sollen wir die Situation der Arbeiter_innen verbessern, wenn die rechten Regierungen noch nicht mal mit uns reden?«

Davon kann auch Francisco Maltés ein Lied singen. Maltés ist seit 40 Jahren Mitglied in Kolumbiens größtem Gewerkschaftsverband CUT. Der 60-Jährige hat miterlebt, wie unter dem ultrakonservativen Präsidenten Álvaro Uribe von 2002 bis 2010 regelrecht Jagd auf Kolleg_innen gemacht wurde. »In diesen acht Jahren wurden 500 Gewerkschaftsführer_innen ermordet und zahlreiche Organisationen aufgelöst«, berichtet Maltés. »Heute wiederholt sich die Geschichte.«

»Es ist wichtig, dass Bolsonaro zur Rechenschaft gezogen wird. International, und eines Tages hoffentlich auch in Brasilien.«

Wer sich für Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzt, lebt in Kolumbien äußerst gefährlich. Das Land gehört – wie in Lateinamerika auch Brasilien und Honduras – laut dem Globalen Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbundes auch 2020 zu den zehn Ländern weltweit, die die Rechte von Gewerkschafter_innen am krassesten verletzen. Über Arbeitnehmer_innenrechte verhandelt die aktuelle Regierung des Konservativen Duque gleich gar nicht, sagt Maltés. »Wenn wir über den Schutz von Arbeiter_innenrechten reden möchten, werden wir nicht empfangen.« Stattdessen habe der Präsident – ähnlich wie Bolsonaro in Brasilien – unter anderem den Kündigungsschutz temporär außer Kraft gesetzt. Francisco Maltés sieht darin einen

Verstoß gegen die Verfassung des Landes. »Duque hat Corona ausgenutzt, um lästige Punkte im Arbeitsrecht auszuhebeln.« Die Folgen, da ist sich Maltés sicher, müssen die Armen tragen. Tatsächlich war im Juni bereits jeder fünfte Mensch in Kolumbien arbeitslos – doppelt so viele wie ein Jahr zuvor.

Es kann auch anders gehen. In Argentinien etwa hat der seit neun Monaten regierende Peronist Alberto Fernández mit seinem rigorosen Lockdown das Virus gebändigt und durch zügige Hilfsmaßnahmen die wirtschaftliche Not seiner Landsleute einigermaßen auffangen können. Trotzdem könnten in diesem Jahr auch in Argentinien insgesamt 720.000 Jobs verloren gehen, schätzt die Weltgesundheitsorganisation. Gewerkschafter Marcio Monzane von UNI Americas lobt die Art, wie der argentinische Präsident durch die Krise führt: »Er nimmt nicht nur die sozialen Folgen der Krise ernst, sondern auch das Virus – im Gegensatz zu Bolsonaro.«

Gegen dessen Regierung hat UNI Americas zusammen mit anderen Gewerkschaften Ende Juli Klage beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eingeleitet: wegen unterlassenem Schutz von einer Million Beschäftigten im Gesundheitssektor. Die Anklage lautet Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch Krankenschwester Líbia Bellusci aus Rio de Janeiro unterstützt die Klage. »Es ist wichtig, dass Bolsonaro zur Rechenschaft gezogen wird. International, und eines Tages hoffentlich auch in Brasilien.«

 Autor: Ralf Pauli ist Journalist, er lebt in Berlin und ist immer wieder in Lateinamerika unterwegs.



Sie wollen keinen Applaus, sie wollen einen fairen Lohn - Demonstrant_innen vor dem Fußballstadion Maracanã in Rio de Janeiro

Foto: UNI global union

»Stellt Gesundheit über Gewinne!«

In der Pandemie zeigt sich, wie rücksichtslos transnationale Konzerne vor allem in Lateinamerika die Möglichkeiten von internationalen Schiedsgerichten nutzen. Dieses System muss beendet werden.

Ein System zum Schutz transnationaler Investitionen hat sich weltweit wie ein Virus verbreitet: die Investor-Staat-Streitbeilegung, besser bekannt unter ihrem englischen Kürzel ISDS. Sie ist Teil tausender internationaler Freihandelsabkommen und räumt multinationalen Unternehmen das Recht ein, Regierungen unter Umgehung nationaler Gerichte vor supranationalen Schiedsgerichten auf Hunderte von Millionen oder sogar Tausende von Millionen Dollar zu verklagen. Und das nur, weil diese Regierungen ihre Bevölkerung und die Umwelt durch Gesetze schützen, die – so reklamieren die Konzerne – aber den Wert der Auslandsinvestitionen oder die erwarteten Gewinne der Firmen mindern.

Auch die Maßnahmen, mit denen die Regierungen gegen die Covid-19-Pandemie vorgehen, werden bereits von Anwaltskanzleien, die sich auf ISDS spezialisiert haben, auf mögliches Klagepotenzial gescannt. So erklärte Aceris Law, eine internationale Schiedsfirma mit Sitz in Washington DC, »die Reaktion auf die Covid-19-Pandemie (werde) wahrscheinlich verschiedene Schutzmaßnahmen verletzen, die in bilateralen Investitionsabkommen vorgesehen sind, und möglicherweise zukünftig zu Ansprüchen ausländischer Investoren führen«.

Weil Entwicklungsländer eher Gastgeber als Herkunftsland transnationaler Unternehmen und deshalb politisch anfälliger sind, haben sie ein bei weitem höheres Risiko, verklagt zu werden. Laut dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten der Weltbank richteten sich nur 12 Prozent der Klagen gegen westeuropäische oder nordamerikanische Regierungen. Der mit 29 Prozent größte Anteil entfiel auf die Region Lateinamerika und Karibik. Entsprechend wichtig ist es, die laufende Überarbeitung des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko und der EU sowie die Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur genau zu verfolgen. Beide sollen die Rechte von Investoren durch ein Investment Court System, kurz ICS, stärken, das sich nur minimal vom ISDS unterscheidet.

Wie solche Investorenklagen aufgrund der Anti-Covid-19-Regeln aussehen, zeigt sich etwa in Peru. Hier will die Regierung die Maut aussetzen, weil viele Familien aus Angst vor dem Virus aus den überfüllten Städten aufs Land fliehen. Dagegen stehen jedoch Befürchtungen, dass



Shutdown wie hier in Buenos Aires im März 2020: Anlass für eine ISDS-Klage?

dann die ausländischen Mautbetreiber Ausfallforderungen erheben. In Mexiko, das versucht, seine Stromversorgung zu sichern, droht der Regierung ein Schiedsverfahren durch Unternehmen aus der EU und Kanada, die Zugang zu den mexikanischen Energiemärkten wünschen. Die Gefahr von Klagen besteht aber auch bei Maßnahmen wie der Beschränkung von Geschäftsaktivitäten, die die Verbreitung des Virus verhindern und Arbeitnehmende schützen sollen, oder

Die Opfer der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 werden nicht die Investoren sein, sondern die ärmsten Länder der Welt.

bei der Sicherstellung von erschwinglichen Medikamenten, Tests und Impfstoffen.

630 zivilgesellschaftliche Gruppen, darunter der Internationale Gewerkschaftsbund und andere globale Gewerkschaftsbünde, haben sich nun zusammengeschlossen und die Regierungen aufgefordert, »eine Führungsrolle zu übernehmen«. Sie sollen dafür sorgen, dass nicht überall auf der Welt Länder »mit einer Welle von ISDS-Fällen konfrontiert sind, die sich aus Maßnahmen ergeben, die ergriffen wurden, um die COVID-19-Pandemie und die sich daraus ergebende Wirtschaftskrise zu bekämpfen«.

Die Pandemie hat das System nicht hervorgebracht, sie zeigt aber wie unter dem Brennglas, wie rücksichtslos Unternehmen ISDS anwenden, um legitime Richtlinien und Vorschriften von öffentlichem Interesse zu untergraben. In diesem Jahr haben ausländische Investoren

schon mehr als 1.000 Anträge gestellt. Aufgrund mangelnder Transparenz weiß niemand genau, wie viel die Regierungen letztlich zahlen mussten. Am Institut für politische Studien in Washington haben wir aber errechnet, dass es allein bei Streitfällen zu Öl-, Gas- und Bergbauverträgen mindestens 72,4 Milliarden US-Dollar waren. Auf Rohstoffindustrien entfällt ein großer Anteil der Klagen, weil Regierungen versuchen, Schäden an Umwelt oder Gesundheit zu verhindern oder sicherzustellen, dass mehr Geld im Herkunftsland verbleibt.

Von den 34 früheren Fällen, die wir in diesem Zusammenhang untersucht haben, richtete sich nur einer gegen Kanada. Alle anderen hatten Regierungen von Ländern des globalen Südens im Visier, die am stärksten betroffene Region ist Lateinamerika. In den 59 derzeit bekannten anhängigen Fällen klagen Konzerne auf mindestens weitere 73 Milliarden US-Dollar, wieder geht es nur einmal gegen ein Industrieland.

Die Opfer der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 werden also nicht die Investoren sein, sondern die ärmsten Länder der Welt. Regierungen müssen deshalb dringend praktische Schritte unternehmen, um die Verwendung von ISDS während des Kampfs gegen das Virus auszusetzen und dann für immer zu beenden. Es ist mehr als an der Zeit, Gesundheit und Sicherheit über Gewinne zu stellen.

 Kommentator: Manuel Pérez-Rocha ist Mitarbeiter am Institute for Policy Studies in Washington und dem Transnational Institute und Mitglied im Mexican Action Network on Free Trade.



Foto: IPS

Coup der Gewerkschaftsfrauen



Foto: UNI Women (CC BY-NC-ND 2.0)

Einer der Meilensteine: 2017 erkämpften Gewerkschaftsfrauen und feministische Organisationen in Uruguay das Gesetz zu geschlechtsspezifischer Gewalt

In Uruguay haben die Gewerkschaften die Lücke zwischen Wahl und Amtsantritt des neuen konservativen Präsidenten genutzt, um die Ratifizierung der neuen ILO-Konvention gegen Gewalt und sexuelle Belästigung im ersten Land überhaupt durchzusetzen.

In Uruguay werden jährlich 40.000 Anzeigen und Beschwerden wegen geschlechtsspezifischer Gewalt oder sexueller Belästigung aufgenommen. »Aus Erfahrung wissen wir, dass beides in Zeiten großer Unsicherheit zunimmt«, sagt Ana Aguilera vom Sekretariat für Gender, Gerechtigkeit und Vielfalt des uruguayischen Gewerkschaftsdachverbands PIT-CNT. Die Covid-19-Pandemie ist so eine Zeit. »Allein in den Monaten April und Mai haben die Anrufe beim Hilfstelefon für betroffene Frauen um 80 Prozent zugenommen«, so Aguilera.

»Für den neuen Präsidenten sind das allenfalls Kollateralschäden der Pandemie«, sagt Milagro Pau, die ebenfalls dem Sekretariat angehört. Im März hat der konservative Luis Lacalle Pau das Amt übernommen und so 15 Jahre mitte-linker Präsidentschaften auch de-facto beendet. Die drei Monate zwischen Präsidentschaftswahl und Amtsantritt nutzten die Gewerkschaftsfrauen, um im Eilverfahren die ILO-Konvention C190 gegen Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vom Kongress ratifizieren zu lassen. »Unter der neuen Regierung wäre die ILO-Konvention wahrscheinlich nicht angenommen worden«, sagt Pau.

So aber wurde Uruguay der erste Staat, dessen Parlament das »Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt« der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifizierte. Weil im Juni die Republik Fidschi als zweiter Staat folgte, kann die im vergangenen Jahr von der Internationalen Arbeitskonferenz beschlossene Konvention am 25. Juni 2021 in Kraft treten. Diese definiert alle Vorkommnisse als »Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt«, »die auf physischen, psychischen, sexuellen oder wirtschaftlichen Schaden abzielen«, und zielt darauf, sie zu verhindern oder zu beseitigen.

»Selbstverständlich freut es uns, dass Uruguay die C190 als Erster ratifizierte.« Generalsekretär Marcelo Abdala vom Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT ist zufrieden. Der Verband umfasst rund 75 Einzelgewerkschaften in denen gut 120.000 Mitglieder organisiert sind. Die spanische Abkürzung PIT-CNT steht für »Gewerkschaftsübergreifendes Plenum der Arbeitnehmer - Nationaler Arbeitnehmerkonvent«. Auch wenn das neue Übereinkommen Gewalt und Belästigung gegen alle Geschlechter beseitigen will, waren die treibenden Kräfte in Uruguay – wie auch in den meisten anderen Ländern – Frauen. 2006 hatte der PIT-CNT erstmals eine Frauenkommission eingerichtet, aus der 2012 das Sekretariat für Gender, Gerechtigkeit und Vielfalt hervorging.

»Von Beginn an haben wir sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zum Thema ge-

macht«, sagt Ana Aguilera. Die nationalen Erfolge blieben nicht aus. Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung richteten gemeinsam eine Kommission ein, die eine Gesetzesvorlage gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und im Bildungsbereich erarbeitete. 2009 wurde sie mit dem Titel »Sexuelle Belästigung – Regeln für ihre Vorbeugung und Sanktion am Arbeitsplatz und in Lehrer-Lernende-Beziehungen« vom Kongress in Montevideo angenommen.

»Darin wird uns eine aktive Rolle zugestanden«, sagt Ana Aguilera. Seither haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, aktiv zu werden, wenn eine sexuelle Belästigung angezeigt wird. Sie können nicht nur beantragen, dass der Vorfall untersucht wird, sondern haben auch das Recht, an dieser Untersuchung teilzunehmen. Dennoch: »Wichtig war vor allem die Informationsarbeit nach der Gesetzesannahme durch den Kongress«, sagt Ana Aguilera. Mit zahllosen Workshops, Bildungsseminaren und Gesprächsrunden sensibilisierten die Frauen des Sekretariats vor allem die Kolleginnen in den Einzelgewerkschaften. Ihr nächster Etappenerfolg: 2017 beschloss der Kongress das Gesetz über »Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen«. Das definiert bereits auf nationaler Ebene, was als Belästigung am Arbeitsplatz gilt.

Engagiert waren Uruguays Gewerkschaftsfrauen deshalb auch bei der Entstehung der Konvention. »An der schriftlichen Ausarbeitung waren wir zwar nicht direkt beteiligt«, erinnert sich Milagro Pau. »Aber unsere Delegation hatte sich bei der entscheidenden Konferenz vehement dafür eingesetzt, dass die Inhalte strenger und präziser formuliert wurden, als es ursprünglich von der Unternehmenseite in der ILO zugestanden wurde.«

Heute gebe es in rund 85 Prozent aller arbeitsrechtlichen Vereinbarungen in Uruguay die Klausel über Geschlechtergerechtigkeit sowie die Bestimmungen über geschlechtsspezifische Gewalt, resümiert Milagro Pau. Seit dem Amtsantritt des konservativen Präsidenten sei aber »das gesamte Spektrum der Arbeitsrechte bedroht«. Der Kampf werde sich verschärfen, denn die neue Regierung werde die Fortschritte der vergangenen Jahre beschneiden und versuchen, sie zurückzunehmen. Deshalb ist die ILO-Konvention nicht nur für die Gewerkschaften wichtig, darin sind sich die beiden Frauen vom Gewerkschaftssekretariat für Gender, Gerechtigkeit und Vielfalt einig. Sie ist auch für die feministischen Basisorganisationen ein wichtiges Instrument.

 Autor: Jürgen Vogt lebt in Buenos Aires. Er berichtet für verschiedene Medien aus den lateinamerikanischen Ländern.

Spargelboom auf dem Rücken der Arbeiter_innen

Mehr als 300.000 Menschen arbeiten in der Agrarwirtschaft Perus, die Spargel, Avocados, aber auch Mangos und Weintrauben für den Weltmarkt produziert. Doch sorgt ein Gesetz aus der Fujimori-Ära dafür, dass die großen Agrokonzerne im Vorteil sind.

Schon von weitem ist das satte Grün in der grülich-ockerfarbenen Dünenlandschaft zu sehen. Spargelkraut neigt sich sanft im Wind, und je näher wir Trujillo kommen, desto größer werden die grünen Felder links und rechts der Schnellstraße. »Mango, Avocado, Spargel, Mandarinen und Weintrauben werden hier vor allem angebaut«, sagt Marisol Gutiérrez Torres. Sie lebt in Trujillo. Die im Norden Perus liegende Küstenstadt hat sich in den letzten zwanzig Jahren zur Drehscheibe der industriellen Agrarexporte Perus entwickelt. Ihr ehemaliger Arbeitgeber Camposol ist Marktführer in Peru. Rund 20.000 Arbeiter_innen sind im Anbau des seit 1997 in der Wüste agierenden Agrarexporteurs beschäftigt.

Der Standort hat Vorteile. »Schädlinge sind seltener und lassen sich deutlich einfacher kontrollieren«, erklärt Víctor Pat Ramos und führt die Besucher durch die biologische Forschungsstation, wo mit Chilischote und Co erfolgreich gegen Schädlinge vorgegangen wird. Innovationen spielen eine große Rolle rund um Trujillo, in den letzten zwanzig Jahren sind hier mehrere Zehntausend Arbeitsplätze neu entstanden.

Ein Grund dafür ist die Spargelnachfrage in Deutschland, der Schweiz oder Frankreich außerhalb der dortigen Erntesaison, ein anderer die

Ergänzung der Anbaupalette um Avocado, Weintraube, Mango.

2019 lagen die Zuwächse erneut bei rund sechs Prozent, die Gesamtumsätze stiegen auf 7,462 Milliarden US-Dollar. Das verspricht den Menschen eine Perspektive, die aufgrund des Klimawandels und der Gletscherschmelze aus den Bergen der Cordillera Blanca von Huaraz in die Region von Trujillo gezogen sind.

Kaum ein Jahr vergeht, in dem im Tiefland von Peru nicht ein neues Produkt unter agroindustriellen Anbaubedingungen ausprobiert wird. Mittlerweile experimentiert man auch mit dem Inkakorn Quinoa. Als die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, 2013 zum Jahr des proteinreichen Wunderkorns erklärte, stieg die Nachfrage weltweit explosionsartig. Jedes hippe Restaurant zwischen Berlin und Tokio hatte zwischenzeitlich mindestens einen Quinoa-Salat oder -Burger auf der Speisekarte.

Längst wieder vorbei, genauso wie die hohen Preise für die kleinen nussig schmeckenden Körner, die sich die lokale Bevölkerung in den peruanischen und bolivianischen Anden zwischenzeitlich kaum leisten konnte. Dort wachsen die bis zu zwei Meter hohen krautigen, mit Rispen bedeckten Stängel oberhalb der 3.000 Meter. »Das hat sie für die Inka zur Alternative zum Mais werden lassen«, sagt Abraham Apaza von der bolivianischen Quinoa-Genossenschaft Anapqui. Die verfolgt die Anbau-Experimente von Agrarunternehmen wie Camposol oder Agrícola Viru im peruanischen Tiefland skeptisch. Anapqui hat im bolivianischen El Alto eine kleine Fabrik zur Verarbeitung der Quinoa-Körner zu

Kekschen und Nudeln aufgebaut. »Quinoa wird traditionell von Kleinbauern produziert, die Industrialisierung des Anbaus wäre aus unserer Perspektive eine schlechte Nachricht«, so Apaza.

Diese schlechte Nachricht besteht nicht nur darin, dass die Konzerne der Genossenschaft Konkurrenz machen. Die Erfolge von Unternehmen wie Camposol oder Agrícola Viru werden auch auf dem Rücken der Arbeitenden erwirtschaftet, kritisiert Walter Campos, langjähriger Präsident der Gewerkschaft Fentrago, die die Arbeiter_innen im Lebensmittelsektor vertritt, und der bei Camposol tätig ist. »Das Gesetz 27.360 zur Förderung der Export-Landwirtschaft sorgt dafür, dass es kein 13. oder 14. Monatsgehalt für die Mitarbeiter_innen gibt, egal ob auf dem Feld oder in der Weiterverarbeitung«, kritisiert er.

»Quinoa wird traditionell von Kleinbauern produziert, die Industrialisierung des Anbaus wäre eine schlechte Nachricht.«

Diesen Wettbewerbsvorteil nicht nur gegenüber der bolivianischen Konkurrenz genießen Perus Agrarexporteur seit dem Jahr 2000, verabschiedet wurde er noch unter dem autoritären Ex-Präsidenten Alberto Fujimori, 2010 dann um weitere zehn Jahre verlängert und trotz aller Proteste der Gewerkschaften im Dezember 2019 noch einmal. Der Exportverband Adex hat sich durchgesetzt. Annähernd 300.000 Menschen würden damit diskriminiert, sagt Campos. So viele arbeiten im Agrarexportsektor des Landes.

 Autor: Knut Henkel ist Journalist und berichtet regelmäßig aus Lateinamerika



Fotos: Knut Henkel

Auch wegen des Appetits in Deutschland, der Schweiz und Frankreich auf Spargel hat sich Trujillo im Norden Perus zur Drehscheibe industrieller Agrarexporte entwickelt: Spargelfelder und -fabrik



Fotos: Knut Henkel

»Die Mine zerstört unsere Lebensgrundlage« – Laura Brito (li.) über den größten Steinkohletagebau Lateinamerikas (re). Die Betreiber wehren sich gegen Umweltauflagen und Steuern auch auf einen Arbeitskonflikt hin

Ein Konzern bringt alle gegen sich auf

Kolumbien ist einer der wichtigsten – und letzten – Lieferanten von Steinkohle überhaupt. Die Mine Cerrejón zeigt exemplarisch, was im Bergbau schief läuft: Dörfer werden verseucht, Menschen- und Arbeiter_innenrechte missachtet, die Umwelt leidet.

»Das war der Pegelstand, der früher um diese Jahreszeit normal war«, sagt Laura Brito und deutet auf eine dunkle Linie im Felsen, der das Flussbett des Río Ranchería einfasst. Die Kolumbianerin lebt im Nordosten Kolumbiens im Verwaltungsbezirk La Guajira. Rund einen halben Meter ist der Pegelstand des wichtigsten Flusses der Region in den letzten Jahren gesunken, und den Verantwortlichen dafür kann sie klar benennen: den Steinkohlebergbau.

Die Mine liegt hinter den beiden Abraumhalden. »Und sie ist der größte Wasserkonsument der Region. Das kann man sehen«, sagt Brito und deutet auf mit bloßem Auge sichtbare Wasserfontänen, die einen dunklen Schatten auf den aufgetürmten Bergen hinterlassen. »Etliche Millionen Liter fließen da tagtäglich, und wir im Dorf leiden latent unter Wassermangel.«

Provincial heißt das 700-Einwohner_innen-Dorf, in dem die 21-Jährige lebt. Es liegt nur ein paar hundert Meter von der größten Steinkohlemine Lateinamerikas entfernt. Carbones de Cerrejón Limited heißt diese und erstreckt sich über 69.000 Hektar nahe der Provinzstadt Barrancas. In Provincial sind die Folgen der Fördertätigkeit jeden Tag zu spüren. Der sinkende Pegelstand

des Flusses ist nur eine davon. Aktuell schlimmer ist der Kohlestaub, der das Wasser kontaminiert, womöglich verschmutzen zusätzlich Einleitungen den Fluss. Wildtiere sind geflüchtet, Viehhaltung und Anbau von Nahrungsmitteln nur noch eingeschränkt möglich. Selbst das Atmen fällt im Dorf schwer. »Der Kohlestaub hängt in der Luft, sorgt für Atemwegserkrankungen und Hautprobleme – die Mine zerstört unsere Lebensgrundlage«, sagt Laura Brito.

Das ist kein unbewiesener Vorwurf, sondern eine Tatsache, wie das Verfassungsgericht Kolumbiens auf Basis mehrerer Gutachten am 16. Dezember 2019 festgestellt hat. Zwei Frauen aus der Gemeinde Provincial, Mary Luz Uriana und Yasmina Uriana, hatten wegen der durch die Mine hervorgerufenen Umwelt- und Gesundheitsschäden geklagt und ihre Schließung gefordert. Die Richter gaben den Klägerinnen zwar Recht, verurteilten das Betreiberkonsortium aber nur, mehr zum Schutz der umliegenden Wayuú-Gemeinden zu tun.

Wayuú heißt die knapp 300.000 Köpfe zählende indigene Ethnie, die im Verwaltungsdistrikt La Guajira lebt. Mehr als ein Dutzend ihrer Dörfer liegen in direkter Nachbarschaft des Stollens – darunter Provincial. In der Region ist die Carbones de Cerrejón mit rund 12.000 direkt und indirekt Angestellten ein zentraler ökonomischer Faktor und extrem einflussreich. Desto wichtiger sei der juristische Erfolg, sagt Anwältin Rosa María Mateus, die die Bergbaukritiker_innen aus dem Dorf vertritt. »Erstmals ist vor Gericht anerkannt worden, dass Cerrejón die Lebensbedingungen

einer Gemeinde spürbar verschlechtert hat«, sagt sie. »Das hat das Unternehmen immer bestritten. Nun muss es Missstände korrigieren und soll das Urteil auch den Aktionären vorlegen.«

Auch Igor Kareld Díaz, der Präsident von Sintracarbón, der Gewerkschaft der Kohlearbeiter_innen, spricht von einem Achtungserfolg: »Die vom Gericht angeordnete Senkung der Emissionen, die Umweltauflagen sowie die Reduktion der Erschütterungen durch die Sprengungen begrüßen wir. Wir sind solidarisch mit Provincial«, sagt der 53-Jährige, der lange einen der riesigen Kiplader in der Mine fuhr. Auf denen prangt unter dem Logo der Mine der Schriftzug »Minería responsable«, was so viel bedeutet wie »verantwortungsvoller Bergbau«. Von dem ist in Provincial wenig zu sehen und auch Díaz kritisiert das Vorgehen des Unternehmens. Das hat nicht nur Rechtsmittel gegen das Verfassungsgerichtsurteil eingelegt, sondern steuert auch auf einen Arbeitskonflikt mit der Gewerkschaft hin.

Nachdem sich die Tarifpartner im Februar bei den Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag nicht einigen konnten, hat das Unternehmen den Lockdown in Kolumbien genutzt, um ein neues Förderkonzept und Schichtsystem einzuführen. »Das ist unannehmbar, denn es beinhaltet Nacharbeit, wodurch das Unfallrisiko steigt«, sagt Díaz. »Dadurch sollen 1.200 Jobs eingespart werden.« Zusätzlich sollen etliche Lohnzuschläge und auch der Transport der Arbeiter in die Wohnorte gestrichen werden. Damit geht Cerrejón gleich auf doppelten Konfrontationskurs: gegen die eigenen Beschäftigten, die einen Streik vorbereiten, und gegen ein Dorf, das Grundrechte einklagt.

 Autor: Knut Henkel ist Journalist und berichtet regelmäßig aus den lateinamerikanischen Ländern

»Die Einhaltung von Menschenrechten muss bedingungslos festgeschrieben werden«

Ein deutsches Lieferkettengesetz berge Gefahren, sagt Rafael Freire vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund CSA/TUCA: Es sei nicht für alle Unternehmen gültig. Zudem seien Sorgfaltspflichten zu unverbindlich

Nord|Süd news: Das Lieferkettengesetz soll weltweit tätige deutsche Unternehmen verpflichten, auch im Ausland ein Mindestmaß an sozialen und ökologischen Standards einzuhalten. Wie bewerten Sie aus Sicht amerikanischer Gewerkschafter ein solches Gesetz?

Rafael Freire: Die CSA unterstützt die Schaffung eines rechtlich verbindlichen Instruments, das derzeit im Menschenrechtsrat der UNO – im sogenannten Treaty Prozess – diskutiert wird. Aus unserer Sicht ist es notwendig, transnationale Unternehmen mittels eines neuen Rechtsrahmens effektiv zu regulieren, damit Menschenrechtsverletzungen und auch Arbeitsrechtsverletzungen verfolgt werden.

Die desproportionale Macht, die transnationale Unternehmen auf globaler Ebene inzwischen erreicht haben, ist Grund genug, von ihnen die Einhaltung von Richtlinien auf internationaler Ebene zu verlangen. Zumal das Vorgehen dieser Unternehmen grundlegende Rechte von Menschen in anderen Teilen der Welt in Mitleidenschaft ziehen kann.

Zwar gibt es bereits internationale Instrumente, deren Ziel es ist, das Verhalten von Unternehmen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen zu regulieren. Doch diese sind unzurei-

chend, da sie nicht verbindlich sind. Wir brauchen also rechtlich bindende Instrumente, die nicht von den jeweiligen Interessen abhängen oder auf freiwillige Selbstverantwortung setzen.

Nationale Initiativen wie das Lieferkettengesetz in Deutschland oder ähnliche in anderen Ländern bergen die Gefahr, sich lediglich auf die nationale Herkunft von Unternehmen zu beziehen und damit nicht für alle Unternehmen gültig zu sein. Im Gegensatz dazu haben die Globalen Gewerkschaften transnationale Antworten für dieses Problem entwickelt, die über die nationalen Grenzen hinausgehen. Die Globalen Rahmenabkommen (GFA) sind ein Beispiel für solche Maßnahmen auf transnationaler Ebene. Solche Antworten, die die Verantwortung der Unternehmen in den Mittelpunkt stellen, müssen ausgebaut werden.

Werden Vorschläge wie das deutsche Lieferkettengesetz in Lateinamerika diskutiert?

Kaum. Auch wenn in einigen Gewerkschaftskreisen beispielsweise das französische Due-Diligence-Gesetz debattiert wurde, wird immer wieder darauf hingewiesen, dass jede Initiative in diesem Kontext darauf abzielen muss, die Kollektivverhandlungen als fundamentales Instrument der Arbeiterklasse im Kampf um ihre Rechte zu betonen. Die CSA, genauso wie viele soziale Bewegungen und Organisationen in der Region, unterstützen die Idee eines verbindlichen internationalen Vertrags. Dies wäre eine effektive Maßnahme gegen die Straflosigkeit transnationaler Konzerne, würde die Einhaltung von Arbeitsrechten fördern und auch das Recht auf freie Organisation entlang der globalen Produktionsketten stärken. Teil unserer Strategie ist auch, Rechtsverletzungen kontinuierlich bei supranationalen Organen, vor allem bei der ILO, anzuzeigen.

Kann ein solcher internationaler Pakt Grundlage für eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in der lateinamerikanischen Region sein?

Aus unserer Sicht kann die unternehmerische Sorgfaltspflicht nur ein kleinster gemeinsamer Nenner sein. Als gestecktes Ziel wäre dies zu wenig, da letztendlich keine Verbindlichkeit besteht. Es ist unzureichend, nur das Respektieren von Menschenrechten einzufordern. Die Einhaltung von Menschenrechten muss bedingungslos festgeschrieben sein.

Teil des Problems ist die weit verbreitete Informalität. Laut ILO sind 53 Prozent der auf dem amerikanischen Kontinent tätigen Arbeiter_innen auf informeller Basis beschäftigt und somit von kollektiven Verhandlungen und formalen Ar-

Regeln für Unternehmen

In Deutschland haben sich der Deutsche Gewerkschaftsbund, DGB, und andere Organisationen in der Initiative Lieferkettengesetz <https://lieferkettengesetz.de/> zusammengetan. Sie fordern, dass Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, dafür haftbar gemacht werden können. Das würde heißen, dass Menschen vor deutschen Gerichten Schadensersatz einklagen könnten. Zugleich hat der UN-Menschenrechtsrat auf Initiative von Ecuador und Südafrika im Juni 2014 beschlossen eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe (OEIGWG) einzurichten zur Entwicklung verbindlicher Regeln für transnationale Unternehmen. Am Ende soll ein UN-Treaty, ein international verbindliches Abkommen stehen. Vom 26. bis zum 30. Oktober soll ein Entwurf, es ist der zweite, verhandelt werden.

beitsrechten ausgeschlossen. Hier geht es also nicht darum, dass die Unternehmen die Einhaltung von Rechten zusagen, sondern um das Problem, dass die Informellen gar keine festgeschriebenen Rechte haben.

Wichtig ist, dass es eine enge Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen wie der deutschen Initiative Lieferkettengesetz und der CSA sowie ihren Mitgliedsgewerkschaften gibt. Nur dann kann es gelingen, die Rechte von Arbeitenden sowohl in Mutterkonzernen wie auch in den anderen Bereichen der Lieferkette durchzusetzen.

 Fragen gestellt von Andreas Behn, Leiter des Regionalbüros des DGB-Bildungswerk BUND in Brasilien

Rafael Freire ist Generalsekretär des Amerikanischen Gewerkschaftsbunds CSA/TUCA

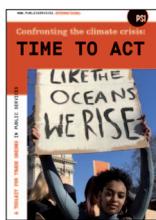


Foto: CSA

CSA

Seit ihrer Gründung im Jahr 2008 setzt sich die CSA für Arbeitsrechte in globalen Produktionsketten ein. Dieses Thema ist auch Gegenstand eines Kooperationsprojekts mit dem DGB Bildungswerk BUND, das 2017 begann und inzwischen in den zweiten Projektzyklus eingetreten ist. In mehreren Ländern Lateinamerikas, darunter Brasilien, Argentinien und einige mittelamerikanische Staaten, werden das Wissen über globale Produktionsketten vertieft, organisatorische Schwächen von Gewerkschaften analysiert und neue Aktionsformen entwickelt. Ein zentrales Ziel des Projekts ist es, den in weltweiten Lieferketten Beschäftigten den Zugang Arbeitnehmendenvertretungen zu erleichtern und betriebliche Mitbestimmung umzusetzen.

Klimaschutz am Arbeitsplatz



»Alle unser Arbeitsplätze können und sollten klimaneutral und weniger umweltschädlich gestaltet werden«, erklärt die Internationale der Öffentlichen Dienste, IÖD – und hat dazu ein Klima-Toolkit in Englisch herausgebracht. Titel: »Confronting the climate crisis: Time to Act«. Die Materialsammlung soll Gewerkschaften helfen, Strategien gegen die Klimakrise zu entwickeln und zu verfeinern. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat eine Kampagne zur Ökologisierung der Arbeitsstätten (»greening the workplace«) ins Leben gerufen und fordert die Gewerkschaften auf, jährlich am 24. Juni über Maßnahmen zu berichten. IÖD will eine geschlossene Plattform für Mitgliedsorganisationen einrichten, auf der diese Wissen und Erfahrungen austauschen und Klimaschutzaktivitäten besser koordinieren können.

Infos: <https://publicservices.international/resources/publications/confronting-the-climate-crisis-time-to-act?id=10889&lang=en>

Aktiv für Menschenrechte!

Im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ist ein neuer Entwurf für ein internationales Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte (UN Treaty) vorgelegt worden – knapp vier Wochen nach der Ankündigung eines deutschen Lieferkettengesetzes durch SPD-Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und CSU-Bundesentwicklungsminister Gerd Müller. Das UN-Abkommen würde bei erfolgreicher Ratifizierung Staaten weltweit verpflichten, ihre international tätigen Unternehmen zu regulieren und sie dafür haftbar machen, weltweit Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND, und das Global Policy Forum, beide Mitglieder der »Treaty Alliance Deutschland«, fordern, dass die deut-



Foto: Lieferkettengesetz.de

Unternehmen sollen entlang der gesamten Lieferkette Menschenrechte und Umweltstandards einhalten und dafür haftbar sein

sche Bundesregierung sich eindeutig zu dem Entwurf positioniert und sich aktiv an den anstehenden Verhandlungen beteiligt. Das internationale Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte wird vom 26. bis 30. Oktober 2020 in Genf in mittlerweile sechster Runde verhandelt.

Entwurf und Infos: <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/un-abkommen-globale-regeln-zum-schutz-von-menschenrechten-und-umwelt-wichtiger-denn-je-deutschland-muss-mitverhandeln/>

Wiederaufbau nur mit Gewerkschaften

Es geht um viel Geld beim Wiederaufbaufonds zur Bekämpfung der Corona-Auswirkungen und dem EU-Budget für die Jahre 2021 bis 2027, auch mehrjähriger EU-Finanzrahmen genannt, die vor kurzem beschlossen wurden. Der Europäische Gewerkschaftsbund, EGB, hat nun einen Brief an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission geschrieben – und um ein Treffen gebeten. Das Ziel: Die Sozialpartner sollen stärker an der Konzeption, Steuerung und Umsetzung des Finanzrahmens und Aufbaufonds sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene beteiligt werden. Die konkrete Forderung: der soziale Dialog, Tarifverhandlungen und Demokratie am Arbeitsplatz müssen verbindliche Bedingungen für Geldzahlungen und die politischen Entscheidungen sein.

Mehr Infos: <https://www.etuc.org/en/pressrelease/mff-and-recovery-plan-etuc-demands-reinforcement-social-partners-involvement>

Erstes ILO-Abkommen von allen ratifiziert

Als der Botschafter des Königreichs Tonga am 4. August 2020 die Ratifizierungsinstrumente für das Übereinkommen Nr. 182 bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hinterlegte, war das ein historischer Moment: Die Konvention über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit ist die erste in der ILO-Geschichte, die von allen 187 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde – 21 Jahre nach ihrer Annahme in der Internationalen Arbeitskonferenz. Das bedeute, »dass alle Kinder jetzt Rechtsschutz gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit haben«, sagt ILO-Generaldirektor Guy Ryder. Konkret geht es um Sklaverei, sexuelle Ausbeutung, den Einsatz in bewaffneten Konflikten oder andere »illegale oder gefährliche Arbeiten, die die Gesundheit, Moral oder

das psychische Wohlbefinden von Kindern beeinträchtigen«.

Das Abkommen C182: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:C182

Filmtipp: Die Epoche des Menschen

2002 hat Chemienobelpreisträger Paul Crutzen als erster das »Anthropozän« ausgerufen. Der Begriff beschreibt die letzten 2 bis 300 Jahre als eine Epoche, in der der Mensch ganz entscheidend die natürliche Umwelt verändert hat, lokal wie global. Sie beginnt mit dem Anfang des Industriezeitalters, als wichtigste Veränderung gilt der menschengemachte Klimawandel. Die Filmemacher Jennifer Baichwal, Nicholas De Pencier und Edward Burtynsky sind rund um die Welt gereist, um nachzuvollziehen, was das bedeutet. Ihr Ergebnis: An jedem Fleck der Erde werden sie fündig. Seien es die weltgrößten Bagger in den Tagebauen NRW oder der Lithium-Abbau in der Atacama-Wüste. Ein bildgewaltiger Streifzug durch die menschlichen Umweltsünden.

Kinostart 10. September



Foto: Happy Entertainment

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND
Nord | Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung